

Werden Katastrophen normal?

Bundestagswahl-Check der Lahrer Zeitung zu Fragen rund um Umwelt und Klima

1. Ist die Region vor Hochwasser gewappnet?

2. Müssen auch wir uns auf Naturkatastrophen einstellen?

3. Haben wir in der Region zu viele oder zu wenige Windräder?

4. Wann gibt es keine Verbrenner-Motoren mehr auf den Straßen?

5. Wer zahlt die CO₂-Abgabe – Mieter oder Vermieter?

CDU



Yannick Bury

Nicht überall in ausreichendem Maß, wie die Ereignisse der letzten Wochen auch bei uns gezeigt haben. Darum müssen wir beim Hochwasserschutz nachbessern und dafür auch von Bundeseite Geld in die Hand nehmen. Das gilt übrigens auch für die Alarmstrukturen, wenn man beispielsweise an Sirenen denkt. Klar ist: Klimaschutz und Hochwasserschutz müssen parallel vorangetrieben werden.

Wir müssen als Folge des Klimawandels damit rechnen, dass Wetterereignisse wie Starkregen zunehmen werden. Darum müssen wir die Erd Erwärmung stoppen. Das gelingt uns nur international, dafür brauchen wir Marktwirtschaft und Technologie und keine Verbote. Gleichzeitig müssen wir Hochwasserschutz und Katastrophenvorsorge ausbauen. Also: Das eine tun, ohne das andere zu lassen.

Die Energiewende wird nicht durch zu wenig Standorte für Windräder gebremst, sondern dadurch, dass wir beim Netzausbau viel zu langsam unterwegs sind. Da müssen wir an die Planungsverfahren ran und mehr Tempo machen. Zudem sollten wir zunächst die bestehenden Standorte durch Re-powering effizienter machen.

Ich halte wenig davon, politisch Zeitpläne vorzugeben. Stattdessen müssen wir technologieoffen Anreize für klimafreundliche und zugleich bezahlbare Mobilität setzen. Am Ende steht dann vermutlich ein Mix aus Antriebstechnologien, vom E-Mobilität, über Wasserstoff bis hin zu Verbrennern mit synthetischen Kraftstoffen.

Entscheidend ist, dass durch die Einführung einer CO₂-Abgabe keine zusätzliche Belastung entstehen darf. Darum muss bei Einführung einer CO₂-Abgabe die EEG-Umlage abgeschafft werden. Sinn und Zweck eines CO₂-Preises ist es, das Verbrauchsverhalten zu beeinflussen. Darum sollte die Abgabe direkt beim Mieter anfallen.

SPD



Johannes Fechner

Für die Sicherheit unserer Bürger muss der Katastrophenschutz besser werden. Wir haben schon zweistellige Millionenbeträge in der Ortenau und im Kreis Emmendingen in den Hochwasserschutz investiert. Es braucht schnell eine Warn-App, wofür ggf. Datenschutz einzuschränken ist. Gefahreninfos müssen sofort an örtliche Behörden gelangen. Und ein großes Dankeschön allen ehrenamtlichen Helfern!

Wissenschaftler sagen uns durch den Klimawandel mehr Starkregenereignisse voraus. Wir müssen darum mehr für den Klimaschutz tun, zum Beispiel den Ehrgeiz haben, vor 2038 aus der Kohle auszusteigen. Dafür müssen wir erneuerbare Energien schneller und unbürokratischer ausbauen und die Automobilindustrie unterstützen für eine Verkehrswende zu klimafreundlichen Antrieben.

Weil Atomkraft gefährlich und Kohlekraft umweltschädlich ist, müssen wir auf erneuerbare Energien umsteigen. Dazu gehört die Windkraft. Diese muss dabei vor allem an der Küste und offshore ausgebaut werden, weil dort die bestmöglichen Potenziale sind. Die Anzahl der Windräder in Südbaden ist angemessen.

Viele Automobilkonzerne wollen im Laufe der 2030er Jahre aus dem Verbrenner aussteigen. Entscheidend ist, dass die neuen Jobs zur Produktion von Autos mit klimafreundlichen Antrieben (insbesondere Wasserstoff!) in Deutschland bleiben und die Arbeitnehmer in den Zuliefererbetrieben Perspektiven haben. Dazu bedarf es Milliarden Fördermittel, um diese Jobs bei uns zu sichern.

Eine hälftige Teilung wäre fair, weil Vermieter durch Investitionen und Mieter durch ihr Heizverhalten Einfluss auf die Höhe der CO₂-Kosten haben. Leider hat die CDU nach Millionenpenden von der Vermieterlobby die hälftige Teilung blockiert, so dass nun nur die Mieter die CO₂-Abgabe bezahlen müssen. Damit wird Wohnen noch teurer und die Akzeptanz von Klimaschutz leidet.

Grüne



Heike Dorow

Beim Hochwasserschutz wurde sicher Einiges und doch noch nicht genug getan. Starkregenereignisse, wie wir sie erlebt haben, sind noch gar nicht in die Schutzmaßnahmen eingepreist. Wir müssen Klimaanpassungsmaßnahmen genauso angehen wie Klimaschutz. Das geht nur gemeinsam – als Regionen zusammen mit dem Land und dem Bund.

Ja, auch wenn wir in Rekordzeit die Klimaziele, das 1,5-Grad-Ziel erreichen, ist diese Erwärmung mit Klimaänderungen und Wetterextremen verbunden. Das heißt, wir müssen bei unseren Planungen Wetterextreme mitdenken, um schlimmsten Schaden zu verhindern.

In der Region gibt es immer noch gute Standorte für neue Windräder. Hier müssen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen Projekte entwickeln, von denen alle Beteiligten profitieren, wie zum Beispiel in Bürgerenergiegenossenschaften.

Die Tage der fossilen Verbrenner sind gezählt – wir streben an, ab 2030 keine neuen fossilen Verbrenner mehr neu zuzulassen. Mit welchen CO₂-neutralen Antrieben und mit welcher Technologie wir uns in den nächsten Jahrzehnten fortbewegen, liegt auch an unserer Forschung. Diese wollen wir unterstützen.

Die CO₂-Abgabe muss von beiden bezahlt werden. Der Umstieg auf CO₂-sparende Heizungen und Gebäudedämmung soll staatlich gefördert werden, damit wir die Klimaziele für die nächste Generation erreichen können und wir gut wohnen können. Jedoch darf es auf keinen Fall allein auf die Mieter abgewälzt werden.

AfD



Thomas Seitz

Gegen Hochwasser wurden gerade im Schwarzwald und am Oberrhein hohe Investitionen getätigt, sodass ich unsere Region sehr gut aufgestellt sehe. Ein anderes Problem sind lokale Starkregen, die die Abfluss- und Aufnahmekapazität der bestehenden Einrichtungen überfordern. Hier kann es bei ungünstiger Topographie punktuell durchaus zu Problemen kommen, das war aber immer so.

Extremwetter wie Starkregen oder Stürme sind kein neues Phänomen in Deutschland. Die Experten sind sich uneins, ob solche Ereignisse tatsächlich häufiger auftreten beziehungsweise mit schwereren Folgen verbunden sind. Wenn die für den Katastrophenschutz vorgesehenen Gelder auch tatsächlich dafür eingesetzt werden, statt in die Asylwirtschaft zu fließen, sind wir vorbereitet.

Windräder sind ökonomisch wie ökologisch ein Desaster und für eine funktionierende Stromversorgung ungeeignet. Grüne Amigos sahen hier Subventionen zum Schaden der Anwohner und auf Kosten des Natur- und Tierschutzes ab. Ungeklärt ist die Auswirkung der Windräder auf die Austrocknung der Böden, ganz zu schweigen von der Entsorgung der Rotorblätter und der Fundamente.

Wenn sich die grüne Verbotspolitik, an der sich alle außer der AfD beteiligen, durchgesetzt hat und die deutschen Automobilhersteller entweder ins Ausland abgewandert oder zu desolaten Staatsbetrieben degeneriert sind. Wer sich einen Tesla leisten kann, gibt dann allerdings richtig Gas, denn Autofahren wird nur für die breite Masse zum unerschwinglichen Luxus.

Nach dem Verursacherprinzip ist die CO₂-Abgabe allein vom Mieter zu bezahlen. Steigende Miet(neben)kosten sind ein im Wesentlichen vom Staat selbst geschaffenes Problem. Was staatliche Wohnungswirtschaft langfristig bedeutet, konnte man 1989 in allen Städten der DDR bewundern. Das Problem sind diese Lenkungsabgaben auf CO₂ selbst – diese muss wieder abgeschafft werden!

FDP



Tino Ritter

Ich glaube zu wissen, dass wir durch unsere Polderanlagen, entlang des Rheins, gut gegen Hochwasserkatastrophen geschützt sind. Diese Frage kann ich jedoch nicht abschließend beantworten, da mir hier Detailinformationen fehlen.

Die Langfristszenarien der Klimaforschung gehen von zukünftig längeren Wärme- und Trockenperioden und von der Häufung von Starkregenereignissen und Stürmen aus. Sich nicht darauf einzustellen und sich nicht zu wappnen, wäre leichtsinnig. Egal, ob diese Ereignisse tatsächlich auch bei uns eintreten, ich will auch auf einen Worst Case vorbereitet sein.

Wir sind eine windschwache Region. Die installierte Nennleistung ist Augenwischerei. Der Winderttrag ist maßgebend. Wenn er den Bau einer Windkraftanlage rechtfertigt und der Strom auch ins Stromnetz eingespeist werden kann, dann ist ein weiterer Ausbau zu unterstützen. Wir benötigen in jedem Fall keine Windkraftanlagen, die stillstehen, weil sie abregelt werden müssen.

Die wissenschaftlichen Langzeitszenarien der Energiewende zeigen, dass der Kraftstoffbedarf bis 2050 und die gefahrene Kilometerleistung des Individual- und Güterverkehrs kaum zurückgehen. Es stellt sich nicht die Frage, ob wir verbrennen wollen, sondern welchen Kraftstoff wir verbrennen. Synthetischer Kraftstoff ist CO₂-neutral und damit der perfekte Substituent des fossilen Kraftstoffs.

Derzeit müssen die Mieter die Kosten der CO₂-Abgabe tragen. Es gibt jedoch Impulse, diese Kosten hälftig auf Mieter und Vermieter umzulegen. Ich glaube nur nicht, dass der Staat sich darum bemühen sollte. Hier halte ich individuelle Vereinbarungen zwischen Mieter und Vermieter für zielführender.

Linke



Imke Pirch

Das muss überprüft werden. Hochwasserschutz ist Ländersache. Im Grenzgebiet muss auch international zusammengearbeitet werden. Der Bund muss die Maßnahmen koordinieren, denn ein Fluss überschreitet Ländergrenzen. Es geht dabei um Warnsysteme und Schulungen für den Katastrophenfall, ebenso wie Überflutungsflächen zu schaffen und keine weiteren Flächen zu versiegeln.

Wir haben die Natur nicht unter Kontrolle, das ist eine Illusion. Wir können das Risiko für Naturkatastrophen senken, indem wir Umwelt und Klima schützen. Wir können uns auf mögliche Katastrophen so gut es geht vorbereiten. Für den Fall von Naturkatastrophen muss das Technische Hilfswerk und der Öffentliche Gesundheitsdienst personell und finanziell gut aufgestellt sein.

Zu wenig. Um so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien umzustellen, müssen wir auch die Windkraft nutzen. Von Grün-Schwarz wurde das in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren völlig vernachlässigt. Jetzt müssen wir aufholen und gleichzeitig in Solarstrom und Wasserkraft investieren.

Voraussichtlich noch viele Jahre, da die bereits gebauten noch gefahren werden. Die Personalfahrzeuge der Zukunft müssen aber ohne fossile Brennstoffe auskommen und deswegen dürfen ab spätestens 2030 keine neue Pkw mit Verbrennermotor mehr zugelassen oder exportiert werden. Ebenso müssen Busse elektrisch betrieben werden. Das Ziel sind weniger Pkw auf den Straßen und mehr ÖPNV.

Die Modernisierungumlage sorgt für Mietsteigerung. Die CO₂-Steuer darf nicht auf die Mieter:innen abgewälzt werden, sondern muss von den Vermieter:innen getragen werden. Auch die Vermieter:innen müssen sich an den Kosten beteiligen. Aufschläge auf die Miete sollen nur noch in Höhe der erreichten Einsparung bei Heizung und Warmwasser zulässig sein. Wohngeld muss erhöht werden.